

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

II-4770 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode
1031 WIEN, DEN 26. August 1986
RADETZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 75 56 86

Z1. IV-40.004/52-2/86

2226 IAB

1986 -09- 02

zu 2259/J

B e a n t w o r t u n g

der parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten
Dr. HÖCHTL und Genossen an den Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Lagerung
des gesamten Atommülls im Forschungszentrum
Seibersdorf (Nr. 2259/J).

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen ge-
stellt:

- "1) War es immer vorgesehen, daß das Forschungszentrum Seibersdorf den gesamten radioaktiven Müll Österreichs lagern soll ?
- 2) Weshalb wurde bisher keine Entscheidung über ein Endlager für die radioaktiven Abfallprodukte gefällt ?
- 3) Werden Sie sobald als möglich eine Entscheidung über ein Endlager für den Atommüll treffen, um das Forschungszentrum Seibersdorf zu entlasten ?
- 4) Ist Ihnen die Aussage des Bürgermeisters von Seibersdorf bekannt, wonach er im Jahre 1990, im Falle des Nichtvorliegens einer Entscheidung über ein Endlager, jede weitere Ablagerung von radioaktiven Materials verbieten würde ?
- 5) Wie ist Ihre diesbezügliche Reaktion darauf ?"

Ich beeindre mich die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1):

Das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf wurde vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz am 16. Jänner 1975 mit der Errichtung der zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen notwendigen Infrastruktur beauftragt.

Demzufolge errichtete das Forschungszentrum Seibersdorf eine Verbrennungsanlage für radioaktive Abfälle sowie Lagerungsmöglichkeiten für konditionierte Abfälle und organisierte die ordnungsgemäße Übernahme der radioaktiven Abfälle.

Hierbei ist festzuhalten, daß von Beginn an lediglich eine temporäre Lagerung der radioaktiven Abfälle vorgesehen war und ist.

Zu 2) und 3):

Einen weiteren Schritt in Richtung einer geeigneten Endlagerung bildete die Betrauung des Forschungszentrums mit der Ausarbeitung einer umfassenden Studie "Endlagerung niedrig- und mittelaktiver Abfälle in Österreich".

Aufgrund der Ergebnisse dieser Studie werden nunmehr folgende weitere Maßnahmen gesetzt, um den vorläufigen Standort Seibersdorf zu entlasten:

1. Die Durchführung konkreter Untersuchungen an geeigneten Standorten, da nur so Aussagen über die tatsächliche Eignung eines Standortes als Endlager für radioaktive Abfälle getroffen werden können;
2. die Schaffung einer geeigneten Organisationsform, die alle Agenden wie Sammlung, Transport, Konditionierung,

wahrnehmen kann;

3. die Akkordierung des gesellschaftlichen Konsenses.

Erst nach dem Vorliegen der Lösungen der oben genannten Punkte wird eine Entscheidung über ein Endlager für den schwach- und mittelaktiven Abfall getroffen werden, womit auch eine Entlastung des Zwischenlagers Seibersdorf verbunden sein wird.

Zu 4) und 5):

Vorauszuschicken ist, daß die Lösung der ordnungsgemäßen Entsorgung radioaktiver Stoffe grundsätzlich ein gesamtstaatliches Unterfangen darstellt, und somit von jeder Seite unterstützt werden sollte.

Derzeit werden die radioaktiven Abfälle zum Forschungszentrum gebracht, da dieses in Österreich als einziges über die dafür notwendige Infrastruktur verfügt.

Die in der Präambel der Anfrage zitierte Aussage des Bürgermeisters von Seibersdorf ist mir bekannt. Die Aussage des Bürgermeisters eröffnet allerdings einen genügend langen Zeitraum, in konsequenter Weiterführung der o.g. Maßnahmen geeignete Lösungen zur Entlastung zu finden.

Der Bundesminister:

